

Berliner Tageblatt

Nr. 560

und Handels-Zeitung

Dienstag, 25. November 1924

Druck und Verlag von Rudolf Moller in Berlin.

Die neue Lage in Aegypten.

Das ägyptische Parlament an die Welt.

Kann der Völkerverbund eingreifen? — Die englischen Militär-demonstrationen. — Hoffnung auf Einklinken Aegyptens.

London, 25. November. Mit dem Wiedertreten Jugals Pachas scheint nach den vorliegenden Berichten eine gewisse Entspannung der Lage in Aegypten eingetreten zu sein. Gleichwohl aber ist die nach anhaltender Krise ein neues Moment dadurch hineingetragen worden, das sich jetzt in Aegypten an dem Völkerverbund und an die Parlamente der ganzen Welt gewandt hat. Während der Nachmittags-Sitzung der ägyptischen Deputiertenkammer erschien Jugals Pacha, wie der Korrespondent der 'Times' berichtet, und teilte hier seinen Bericht mit. Er führte dabei unter anderem aus, daß der Völkerverbund sich nicht an das Land Aegypten gewandt habe, der ganzen Welt deutlich gezeigt habe, daß Aegypten angegriffen worden sei, und als er neue Ministerkollegen von der Beziehung des Parlamentes in Alexandria gehört hätte, hätten sie sofort gewußt, daß es ihnen unmöglich sein würde, länger im Amt zu verbleiben. Die ägyptische Deputiertenkammer ernannte sodann ein Komitee, das eine Petition einbringen sollte, die an den Völkerverbund und an die Parlamente aller Nationen abgeleitet werden sollte.

Nach den vorliegenden Meldungen scheint die Stimmung in Aegypten verhältnismäßig ruhig zu sein. Nur der Korrespondent der 'Daily Telegraph' meidet aus Kairo, daß in Kairo noch gewisse Anzeichen, die auf Unruhestörungen hindeuten, vorliegen. Nachdem aber kritische Flugzeuge erschienen waren, hätte die verammelte Menschenseime sich zerstreut. Um Laufe des Nachmittags sei das zweite Bataillon des zwölften Regiments in voller Ausrüstung durch Kairo marschiert, wobei Rüssel Pachas, der Befehlshaber der Polizei in Kairo, neben dem Kommandierenden Offizier ritt.

Die republikanische Parole.

Dr. Ernst Feder.

In Frey Mauthners ausgezeichnetem Roman 'Antipope' fragt der junge Alcibiades seinen Freund Sokrates, ob er sich nicht an dem geplanten monarchistischen Putsch gegen die Republik beteiligen wolle. Sokrates antwortet darauf, er müsse erst einmal zehn Jahre lang prüfen, ob die Republik oder die Monarchie für das athenische Gemeinwesen die geeignetere Staatsform sei. Die Philosophen der Deutschen Volkspartei, die mit dem Sohr des Sokrates fertig sein wollen, fragen sich, ob sie sich nicht ebenfalls über die Verhältnisse des Reiches hinüberlegen können. Als die Volkspartei im Reich voriges Jahr ihren Edmühlwinkel verließ und Stresemann das erste Kabinett der großen Koalition bildete, wollte er in seiner Regierungserklärung sagen, daß die Republik für absehbare Zeit die einzig mögliche Staatsform sei. Das genigte den Sozialdemokraten nicht, darauf wurde dann die Republik für unabhörbare Zeit die einzig mögliche Staatsform genannt. Inzwischen aber hat das völkerverbündliche Schifflein den sozialdemokratischen Ballast ausgeworfen und Kurs nach rechts genommen, und nun erklärte Stresemann in Dessau vor vierzehn Tagen, daß die Deutsche Volkspartei vorläufig für unabhörbare Zeit auf dem Boden der Republik stehe.

Ein Geschäftsmann, der seine Wahl immerzu umändert verteidigt den Kredit. Es wäre freilich ungerührt, den früheren persönlich verantwortlich zu machen, der hier nur der getreue Gefolgsmann seiner Partei ist. Als die Deutsche Volkspartei jetzt gelegentlich ihres Parteitag durch Mitglieder des dort munder Stadtheaters Schillers Republik anzuführen ließ wurde dieser poetische Einfall von einer demokratischen Zeitung nicht schlecht dahin glosiert: 'Wir wollen nie ein Volk von schwammigen Gehäusen.' Anzustreben hat dies Schwammigen aus Prinzip politisch und moralisch im übel Folgen gehabt, das es auch in den Kreisen der eigenen Partei nachgehört, gerade die wertvollen Kreise der Angehörigen wenden sich von Stresemann ab, und man hört nicht selten in Gesprächen die Bemerkung, daß es ihnen unmöglich sei, für seine Partei zu stimmen. Was sie von der Demokraten trenne, sei nur der Gewissenszwang, den die republikanische Bekenntnis dieser Partei verlangt. Es ist ein Akt Protektionismus der sich in dieser durchaus adäquaten Entfernung gegen die vermeintliche republikanische Orthodoxye zur Wehr legt.

Hier ist ein Mißverständnis aufzuklären. Auch die Demokratische Partei kennt eine Glaubensformel, daß die Republik die ideale, die Monarchie die minderwertige Staatsform sei. Ob die Idee der Republik der der Monarchie vorzuziehen sei, ist eine Frage die wissenschaftlich selbstverständlich diskutiert werden kann, unter Umständen zehn Jahre lang, und auch kein Demokrat wird sich die Gewissensfreiheit nehmen lassen. Hier aber handelt es sich nicht um eine Frage der wissenschaftlichen Erkenntnis, sondern der politischen Verantwortung. Die Idee der Republik begonnene — wir sind mitten im ersten Akt. Sollen wir immer noch unerschöpflich dauern und abwarten, bis der Vorhang schwarzweißer Rotterkaffen über vor dem schwarzegeplante Hintergrund der Republik gelüpelt werden soll? Wir haben keine Zeit mehr zu warten. Wie lange das Objekt fremder auswärtiger Politik muß Deutschland wieder abliefern werden, muß es als fundamentale Staat mit eigenem Willen sich wieder betätigen. Das kann es brauchen nur, wenn der Staat drinnen stabilisiert ist, nicht vorläufig, nicht auf absehbare, nicht auf unabsehbare Zeit, sondern unbedingt. Mögen doch einmal jene Männer und Frauen mit wissenschaftlichen Bedenken sich die Frage vorlegen: Ist es denn in der Geschichte schon einmal dargelegen, daß nach einem Zusammenbruch wie dem unsrigen ein neuer Staat aufgebaut worden ist, während die Wunden immer bluteten, es handelte sich eigentlich nur um ein Probieren? Kann neue Staatsgründung gefahrlos werden, wenn der Gärner dabei lachend verstreift, morgen kommt vielleicht etwas Neues, und dann wird das Alte, 'wie ein böses Unkraut ausgetrieben'?

Es gab eine Zeit, da hatte auch die Deutsche Volkspartei das schon gelernt. Als nach der Ermordung Walter Rathenaus eine große Schicksalsschütterung durch das deutsche Volk ging, als die nationale Gefahr der antepublikanischen Mord- und Gewaltthaten auch für die Parteien der Großen Koalition in Preußen, einschließlich der Deutschen Volkspartei, einen gemeinsamen Antrag eingebracht und angenommen, daß alle maßgebenden Stellen in Justiz und Verwaltung mit unbedingt zuverlässigen Vertretern der republikanischen Staatsverfassung zu besetzen sind. Ohne sich lächerlich zu machen, kann man aber nicht sagen: 'Ich bin vorläufig Republikaner und deshalb vorläufig unbedingt zuverlässiger Vertreter der Republik.' Jedes ausgezeichnete Programm, für das die Volkspartei mitverantwortlich ist, wurde leider nicht ausgeführt. Es scheiterte an nachträglichen Widerständen in den Kreisen der Deutschen Volkspartei und des rechten Zentrumsflügels. Kann aber der mindere Zweifel daran bestehen, daß dieses Programm durchgeführt worden ist, im Reich und in Preußen, und daß das Thema des 7. Dezember die Schaffung von Parlamenten sein muß, die sich von diesem nationalen Ziel nicht abbringen lassen? Deshalb gibt die Demokratische Partei die republikanische Wahlparole aus. Rechts und links sind

Der Reichstag über den Reichspräsidenten

Gegen die Berufungspläne von rechts.

Reichstagstagung März hielt in Bonn eine Rede, in der er ausführte. Bedauerlich ist, daß dieser Wahlkampf in einer Schärfe geführt wird, die bisweilen nicht einmal mehr mit tiefgehenden sachlichen Meinungsverschiedenheiten entschuldigbar werden kann. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, die Person des Herrn Reichspräsidenten in den Wahlkampf zu zerrren, und wenn in der Wahlperiode das Amt eines Reichspräsidenten, die von würdevollen Sachverständigen können immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, es sei verfassungswidrig, daß der Herr Reichspräsident Ehre heute noch die Präsidentwürde inne habe, so kann ich diese Behauptung nicht ohne etwas in unrichtig und unbestimmt zurückweisen.

Reichspräsident Ebert ist erstmalig am 11. Februar 1919 auf Grund der vorläufigen Reichsverfassung vom 10. Februar 1919 von der Nationalversammlung gewählt worden, und zwar mit 277 von 328 abgegebenen gültigen Stimmen. Der Reichspräsident hatte sein Amt zu führen bis zum Austritt des auf Grund der Reichsverfassung gewählten Reichspräsidenten, dessen Wahl nach Artikel 41 der Reichsverfassung nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes durch das Volk erfolgen sollte. Dieses Reichsgesetz wurde am 4. März 1920 erlassen, und der Herr Reichspräsident hat seit 1920 wiederholt und entschieden auf die Neuwahl gedrängt. Die Wahl wurde zunächst aufgehoben, weil die Verhältnisse in Oberdeutschland, auf diese Weise nicht verhindert werden wollte, noch vollkommen ungeklärt waren. Als dann die neuen Grenzen Oberdeutschlands feststanden, wurde der 3. Dezember 1922 als Wahltag in Aussicht genommen, und zwar in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten.

Am Oktober 1922 wurde infolgedessen aus dem Reichstage heraus der dringende Wunsch geäußert, mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage des Reiches von der vorgesehene Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk die vorläufige neue Aufzählungen und Entscheidungen des Wirtschaftslebens mit sich gebracht hätte, Abstand zu nehmen und durch ein besonderes Verfassungserhebendes Gesetz die Amtszeit des Reichspräsidenten zu verlängern. Die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei und die Beherdigte Partei brachten gemeinsam eine Initiative vor, die im Reichstag ein, in dem von der Nationalversammlung gewählte Präsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925 führen sollte. Dieses Gesetz wurde mit großer Mehrheit im Reichstag angenommen, und zwar mit 314 von 391 abgegebenen Stimmen. Der Artikel 150 der Verfassungsurkunde wurde durch dieses Gesetz in der erwähnten Form abgeändert.

Am Februar 1924 brachte die Deutschnationale Volkspartei kurz vor der Auflösung des Reichstages einen Gesetzesentwurf ein, der gleichzeitig mit den Neuwahlen zum Reichstag die Neuwahl des Reichspräsidenten verlangte. Der Herr Reichspräsident drängte mit aller Entschiedenheit darauf, daß der Antrag der Deutschnationalen Volkspartei nach der

Auflösung des Reichstages zur Verhandlung und Abstimmung

gelange; der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die neuerdings durch die Presse des In- und Auslandes geäußerte Behauptung, es seien nämlich der jetzigen Reichstagswahl eine große politische Organisation an den Herrn Reichspräsidenten herangetreten mit der Aufforderung, die Angelegenheit der Präsidentenwahl in Bezug zu bringen durch Verzicht auf den Wahl seiner Amtszeit, um so einen Kernsatz des Staatsvertrages zugleich mit den Reichstagswahlen zu veranlassen, ist unrichtig. Es ist niemand an den Herrn Reichspräsidenten mit einer derartigen Anregung herangetreten. Das ist der Sachverhalt. Ich verlaßte es jedoch objektiv und gerecht zu berichten, selbst zu erklären, was von dem Vorwurf zu halten ist, es sei ein verfassungswidriger Zustand, daß der Herr Reichspräsident Ehre heute noch sein Amt führe.

Zur Beurteilung des anderen Vorwurfs, daß der Reichspräsident in Überbreitung seiner Kompetenzen und entgegen dem Geiste der Verfassung in die Regierungsgeschäfte eingegriffe, bin ich allein kompetent, und ich erkläre Ihnen: Des ist nicht wahr! Hier handelt es sich aber nicht lediglich um die Person des Reichspräsidenten, hier handelt es sich um mehr: um die Ehre und das Ansehen des Deutschen Reiches, dessen Staatsoberhaupt ohne jeden Anlaß in einer Weise in den politischen Kampf gezwungen wird, die in jedem anderen Lande einfach undenkbar wäre. National ist dieser Kampf nicht; er entspricht auch nicht den Regeln des politischen Kampfes, er ist nicht einmal Flug vom Standpunkt der Parteien aus; die ihn führt; denn er wird auf der anderen Seite nicht so leicht vergessen werden. Wenn dieser Kampf aber jetzt schon ohne sachlichen Anlaß geführt wird, noch haben wir dann erst im nächsten Jahre zu gewärtigen, wenn die Neuwahl des Reichspräsidenten wirklich bevorsteht? Ist es denn unmöglich, daß unsere politischen Parteien wenigstens so viel Selbstdisziplin bewahren, das Staatsoberhaupt aus den Tageskämpfen herauszulassen?

Die Ausfahrungen des Reichstages wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Zehli Weis Zugehändnis an die Opposition.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Sankt Petersburg, 25. November. Zehli Weis hat sein Kabinett in der Weis gebildet, das er die Mitglieder des früheren Kabinetts, die für ein hartes Borgen gegen die Opposition waren, durch neue ersetzt. Im Allgemeinen bedeutet das neue Ministerium ein Zugehändnis an die Opposition und wird auch von der heiligen öffentlichen Meinung so gewertet. Während die oppositionelle Presse mit Befriedigung die eingetretene Wendung begrüßt, warzen die nationalistischen Zeitungen den neuen Ministerpräsidenten vor. Epochenwende. Die neuen Minister sind durchwegs gemäßigter Richtung und zeigen zu einer Verständigung mit der getrennt noch heftig bekämpften Opposition. Bismarckswort ist, daß Zehli Weis des Kriegskommunismars mitzuerkennen hat.